

## Windrad-Streit erreicht Rudolstadt

Mit diesem Streit stellt sich auch die Frage: Wie geht der Stadtrat mit Beschlüssen der ehemaligen Stadt Remda-Teichel um? Pläne für die Errichtung von insgesamt acht neuen Windkraftträdern auf einem Flurstück nahe Treppendorf sind nicht neu. Bisher jedoch war das eine Sache zwischen Investor, Genehmigungsbehörde und der Stadt Remda-Teichel. Das hat sich mit der Eingemeindung geändert.



Blick auf die beiden Windräder bei Treppendorf. Foto: Heike Enzian

Rudolstadt/Treppendorf. Jetzt hat das Vorhaben inklusive des Widerstandes der Bürgerinitiative auch Rudolstadt erreicht. Genauer gesagt den Stadtrat. Dort stellte Nadin Falk aus Haufeld von der Bürgerinitiative „Lebenswertes Hochplateau“ am Donnerstagabend folgende Anfragen an den Bürgermeister: „Ist die Stadt Rudolstadt als Rechtsnachfolger an die Beschlüsse der Stadt Remda-Teichel gebunden und wenn ja, wie lange? Wird durch die Stadt Rudolstadt im Falle einer Genehmigung der Windkraftträder eine rechtliche Überprüfung dieser in einem Widerspruchsverfahren stattfinden?“

Zum Hintergrund: Der Stadtrat von Remda-Teichel hatte mit großer Mehrheit in seiner Sitzung im August vergangenen Jahres das gemeindliche Einvernehmen für die Errichtung weiterer Windkraftträder bei Treppendorf versagt. Nun befürchteten die Mitglieder der Bürgerinitiative, dass dieser Beschluss im Zuge der Eingemeindung hinfällig wird. Nicht ohne Grund, wie sich zeigte.

„In meinen Augen ist der Beschluss des Stadtrates von Remda-Teichel rechtswidrig“, sagte Rudolstadts Bürgermeister Jörg Reichl (BfR). „Die Bauaufsicht wird sich damit auseinandersetzen, die Umweltbehörde befasst sich damit. Mit einer Entscheidung ist in den nächsten Monaten zu rechnen. Wenn es keinen Grund gibt, die Windkraftträder zu verbieten, dann werden wir auch keinen Widerspruch gegen diese Entscheidung einlegen“.

Das stößt bei den Mitstreitern der Bürgerinitiative auf Unverständnis. „Wir sagen ja nicht einfach: Wir sind dagegen. Wir haben sehr gute Argumente“, so die Vertreterin der BI. Seit Jahren beschäftigt man sich mit der Materie. „Es ist das falsche Gebiet dafür, hier wird Natur zerstört“. Das alles ist in Stellungnahmen aufgezeigt. Worum es den Windkraftträd-Gegnern jetzt geht ist eine grundsätzliche Frage: Wie geht die Stadt Rudolstadt mit Beschlüssen des Stadtrates von Remda-Teichel um? Und: Lässt man sich die Möglichkeit eines Widerspruchsverfahrens offen für den Fall der Genehmigung der Anlagen? Denn darauf wird es nach Ansicht der BI-Mitglieder hinauslaufen. „Am Ende werden Gerichte entscheiden, nicht die Behörden“, so Nadin Falk. „Dafür gibt es den Rechtsstaat. Wenn man mit einer Entscheidung einer Behörde nicht einverstanden ist, dann kann man dagegen klagen“.

Die Frage ist nur, wie sich die Stadt Rudolstadt in einem solchen Falle verhalten würde. „In Remda-Teichel hat man einen Rechtsanwalt mit eingeschaltet, der die Interessen der Bürger vertreten hat“, erinnert sie.

Dass in Rudolstadt in dieser Sache noch nicht das letzte Wort gesprochen ist, konnten die Vertreter der Bürgerinitiative am Rande der Sitzung erfahren. Gleich mehrere Stadträte gingen auf sie zu und signalisierten Gesprächsbereitschaft. „Wir werden uns mit dem Thema intensiv befassen“, so CDU-Fraktionschef Steffen Heinzelmann. Hubert Krawczyk (Linke) kündigte an: „Wir nehmen die nächste Kreistagssitzung zum Anlass, um nach dem Stand der Genehmigung zu fragen“.

„Wir hoffen, dass sich die Stadträte die Beschlüsse noch einmal vornehmen. Unsere große Angst ist nur, dass es nicht zu spät ist. Wir als BI wollen wissen, woran wir sind“ so die Haufelderin.

Der Entwurf des Regionalplanes Ostthüringen mit dem integrierten überarbeiteten Entwurf des Abschnittes Vorranggebiete Windenergie liegt ab dem 4. März bis einschließlich 10. Mai in der Stadtverwaltung Rudolstadt zu den Öffnungszeiten öffentlich aus. Die Flurstücke bei Treppendorf sind darin als Vorranggebiet für Windkraftanlagen ausgewiesen.

Heike Enzian / OTZ / 23.02.19